

1.2. *Auswirkungen auf die ArbeitnehmerInnen im Sektor Postdienste in Deutschland*

1.2.1. *Beschäftigungsentwicklung*

Nach Auskunft von ver.di kann (sozialverträglicher) Arbeitsplatzabbau mit erheblicher Intensivierung der Arbeit als Schwerpunkt der Umgestaltung bei der Deutschen Post betrachtet werden. Die Gewerkschaft betrachtet dies als gewissermaßen notwendige Auswirkung der Privatisierung mit Ausrichtung auf den Shareholder value, bei der es v.a. um die Frage der Kostensenkung geht. Eine Gewinnsteigerung im Briefmarkt, der kein Wachstumsmarkt ist, sei nur über Produktivitätsgewinne erreichbar. Da die Personalkosten jedoch 60-70% ausmachen, sind Steigerungen nur durch Personalreduktionen erreichbar.

Die Beschäftigungssituation im Postsektor hat sich daher erheblich verändert. Die heute privatwirtschaftlich organisierte Deutsche Post AG beschäftigt in der BRD nur noch etwa 220.000 Personen, also 150-160.000 Personen weniger als 1990. Das entspricht in etwa einem Personalabbau von 42%. Deutschland gehört damit laut ILO zusammen mit Schweden, Italien, Dänemark und Finnland (ILO 1998) zu den Ländern mit dem stärksten Personalabbau im Postsektor. Nach Angaben der ILO erfolgte zwischen 1990 und 1995 (-70.000) und 1995 und 1999 (-67.000) der Personalabbau bei der Deutschen Post relativ gleichmäßig (ILO 2002).

Tabelle 1-1 über die Beschäftigungsentwicklung bei der Deutschen Post seit 1997 zeigt die Personalentwicklung des nunmehr international agierenden Konzerns Deutsche Post AG. Es wird deutlich, dass das Unternehmen zwar am Standort Deutschland weiterhin Personal abbaut, seit 1998 durch weltweite Akquisitionen jedoch wieder wächst. In den Geschäftsberichten wird daher die Sanierungsphase, in der zwischen 1990 und 1997 der Turnaround gelingen sollte, seit 1998 als abgeschlossen dargestellt. Dem folgt seit 1998 eine auf Internationalisierung ausgerichtete Expansionsstrategie.

Während 1997 von 270.817 Beschäftigten bei der Deutschen Post 106.821 Beamtenstatus hatten (39,4%), ist diese Zahl bis 2002 auf 73.157 (33,4%) gesunken. 1997 hatte die Post 23.673 Angestellte beschäftigt, im Zuge der massiven Expansionsstrategie stieg der Anteil der Angestellten im Konzern auf 147.393.

In Deutschland sind nach Auskunft von ver.di ca. 60% der Postbeschäftigten ArbeiterInnen, etwa 10% Angestellte und etwa 30% Beamte. 70 bis 75% der Beschäftigten arbeiten in der Zustellung (ILO 1998), der Rest betreut die eher finanziellen und handelsähnlichen Dienstleistungen (Schalterdienst) im Postbereich.

Weiters ist hervorzuheben, dass sich die Zahl der älteren Beschäftigten durch den Personalabbau reduziert hat und sich die Belegschaft durchschnittlich verjüngt. Bei den über 50jährigen liegt der Anteil laut ver.di nunmehr unter 15%. Diese Verjüngung hat mit einer Welle von Frühpensionierungen zu tun, die sich aus den wachsenden Belastungen ergaben und die Zahl älterer ArbeitnehmerInnen reduzierte und mit dem fortschreitenden Abbau der BeamtInnen, deren Anteil Anfang der 90er noch bei über

50% lag. Die BeamtInnen waren vom Abbau also überproportional betroffen, was jedoch ‚sozialverträglich‘ geschah. Bei BeamtInnen ist eine Frühpensionierung leichter durchzusetzen als bei Tarifbeschäftigten – i.e. Versicherten im allgemeinen Rentensystem.

Tabelle 1-1: Beschäftigungsentwicklung bei der Deutschen Post AG zwischen 1997 und 2002

Unternehmensbereiche	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Brief (a)			142.332	140.613	137.130	130.546
Express (a)			38.319	46.612	47.456	107.587
Logistik (a)			29.010	43.253	45.036	45.250
Finanzdienstleistungen (a) (b)			11.575	11.299(a)	35.710(a)	34.082
Sonstiges Konsolidierung (a) (b)			36.600	36.928 (a)	10.903(a)	10.211
Konzern (a)			257.836	278.705	276.235	327.676
Deutschland (a)				227.092	223.555	219.067
Kopfzahl Konzern (inkl. Nachwuchs)	270.817	260.520	301.229	324.203	321.369	371.912
Arbeiter	139 036				153 629	148 714
Beamte	106 821				77 688	73 157
Angestellte	23 673				85 493	147 393
Nachwuchskräfte	4 523				6 488	6 626
Jahresdurchschnitt	274 053			319 998	323 298	375 890
Personalaufwendungen in Mio. €	19 622	19 677				

Quelle: Jahres- und Geschäftsberichte der Deutschen Post AG (Deutsche Post AG: 1997-2002);

(a): auf Vollzeitkräfte umgerechnet, ohne Nachwuchskräfte

(b): Veränderte Zuordnung des Filialbereichs von Konsolidierung/Sonstiges zu Finanzdienstleistungen.

Der Frauenanteil ist nach ver.di mit knapp 50% relativ hoch (siehe auch ILO 1998:71), diese sind jedoch sehr viel stärker in den unteren Lohngruppen repräsentiert. Ver.di geht davon aus, dass der Frauenanteil eher gestiegen ist, da der Anteil der Teilzeitbeschäftigung, die ja vorwiegend von Frauen angenommen wird, zugenommen hat. Eine ähnliche Interpretation der Beschäftigungsentwicklung für Frauen legen auch die Daten der ILO bis zum Jahr 1995 nahe (ILO 1998). Diese weisen zwischen 1990 und 1995 ein Wachstum des relativen Frauenanteils an der Beschäftigung bei der Deutschen Post um 10% aus. Bei der Post gibt es, wie ver.di hervorhebt, im wesentlichen zwei Kundenschnittstellen, nämlich zum einen den/die ZustellerIn und zum anderen den/die Filialbeschäftigte. In der Zustellung sei der Frauenanteil nicht so hoch, da diese Arbeit körperlich sehr anstrengend sei. Es gebe aber erhebliche West-Ost-Unterschiede. Im

Osten gebe es andere Traditionen und daher einen hohen Anteil von Frauen in sogenannten typischen Männerberufen.

Die ILO fasst die Phasen der Beschäftigungsentwicklung im Zuge der Restrukturierung des Postwesens folgendermaßen zusammen:

„After this initial period of economic change and the often massive reduction of the workforce comes a second phase, which consists of a change in the nature itself of employment. In this phase (...) permanent adjustments and redeployment follow one another at a brisk pace according to the changing structure of markets and alliances between operators. There is no longer any sudden broad reduction in employment but a continuous renewal. Workers must adapt to emerging techniques and the new demand through permanent training and the updating of their skills. They must manage their internal and external employability which (...) contributes to their general job security.“ (ILO 1998:64)

Die von Price Waterhouse Coopers (Price Waterhouse 1999) für die EU-Kommission angefertigte Studie zur Entwicklung der Beschäftigung im Postsektor in Europa korrespondiert alles in allem mit der obigen Darstellung zur Entwicklung der Beschäftigten im Postsektor, wird jedoch nicht müde auf neuentstandene Arbeitsplätze bei neuen Anbietern hinzuweisen. Aber nicht einmal die Angaben dieser Studie legen den Schluss nahe, dass dadurch der Verlust bei den ehemaligen Monopolisten ausgeglichen werden könne. Der Bericht von Price Waterhouse weist keine detaillierten Daten zum Beschäftigungswachstum bei privaten Anbietern im Postbereich aus. Der Anstieg der Beschäftigung bei den privaten Anbietern in der EU zwischen 1990 und 1995 wird mit 46% angegeben. In absoluten Zahlen bedeutet dies ein Wachstum von 35.500 auf 52.000 im Untersuchungszeitraum. Für Deutschland weist Price Waterhouse für diesen Zeitraum ein Wachstum bei den privaten Anbietern von 40% aus. Detaillierte Zahlen werden in diesem Bericht nicht präsentiert. Weitaus optimistischer schätzt hingegen PLS RAMBOLL Management A/S (2002) die Beschäftigungstrends im europäischen Postsektor ein. So weist diese Studie für Deutschland in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein Beschäftigungswachstum um 3,74% aus, was sich aber v.a. aus einer niedrigeren ausgewiesenen Zahl der Beschäftigten im Jahr 1995 ergibt. Die optimistische Einschätzung ergibt sich aus dem Versuch mittels Modellrechnung die induzierten, wie auch indirekten Beschäftigungseffekte des Postsektors zu errechnen, was zu der Behauptung führt, dass EU-weit die Beschäftigung in diesem Sektor zwischen 1995 und 2000 um 4% gestiegen sei (allein 11,29% Zuwachs bei indirekten Beschäftigungseffekten). Bis 2005 wird sogar ein Wachstum der indirekten Beschäftigung um 20,85% angenommen. D.h. PLS RAMBOLL erwartet eine Zunahme der Beschäftigung durch die Liberalisierung und Privatisierung des Postsektors bei Regulatoren, bei finanziellen und handelsbezogenen Dienstleistungen der Postunternehmen, die nicht der direkten Beschäftigung des Sektors zugerechnet werden, sowie bei sogenannten ‚up- and downstream industries‘ die entweder direkte wirtschaftliche Inputs an den Postsektor geben oder von diesem erhalten. PLS RAMBOLL zählt dazu einerseits die Papier und Maschinenbauindustrien (Drucker und

Sortiermaschinenindustrie ...), andererseits die Marketing, Werbesendungs- und Postwurfindustrien (PLS RAMBOLL 2002:385).⁴²

1.2.2. Beschäftigungsentwicklung bei Post-Lizenznehmern

Aussagekräftiger als die oben angeführten Berechnungen von PLS RAMBOLL sind die Daten zur Beschäftigung bei Post-Lizenznehmern, die die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (1998-2002) aufweist.

Tabelle 1-2: Beschäftigte bei Post Lizenznehmern 1999

Beschäftigte	Unbefristete Arbeitsverhältnisse 1999		Befristete Arbeitsverhältnisse 1999	
	Versicherungspflichtig	Nicht versicherungspflichtig	Versicherungspflichtig	Nicht versicherungspflichtig
Vollzeit (1 565 ges.)	1 497	17	51	
Teilzeit (3 707 ges.)	3 563	6	105	33
Geringfügig (11 293 ges.)	2 538	8 629	20	106
Subunternehmen	716			

Quelle: Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post.

Tabelle 1-2 zeigt die Struktur der Beschäftigung bei Post Lizenznehmern 1999. Der Großteil der bei diesen Anbietern entstanden Arbeitsplätze kann als atypisch bezeichnet

⁴² PLS Ramboll (2002) unterscheidet einerseits zwischen ‚direkter Beschäftigung‘ im Bereich Postdienstleistungen im engeren Sinne. Finanz- und handelsbezogene Dienstleistungen sind darin nicht inkludiert, da sie auch von anderen unternehmerischen Einheiten übernommen werden könnten. Andererseits sollen mit dem Begriff ‚indirekte Beschäftigung‘ alle Personen erfasst werden, die nicht im engeren Sinne Postdienstleistungen erbringen, deren Tätigkeiten damit jedoch in enger Verbindung stehen oder gar von diesen abhängig sind. Dazu gehören Regulatoren, Finanz- und handelsbezogene Dienstleistungen der Universaldienstleister im Postbereich. Zu ‚indirekten Beschäftigungseffekten‘ rechnet diese Studie auch Entwicklungen in sogenannten ‚upstream und downstream‘ Industrien. Bei diesen handelt es sich um wirtschaftliche Sektoren, die entweder Impulse vom Sektor Postdienstleistungen erhalten, oder an diesen geben. PLS Ramboll rechnet dazu etwa die Papier-, Tinten, Maschinenbauindustrie. Nach Angaben der VerfasserInnen dieser Studie war es jedoch schwierig, quantitative Daten zur Analyse dieser Bereiche und zur Einschätzung ihrer Beschäftigungsrelevanz zu erhalten. Dies ist offensichtlich für die Finanz- und handelsbezogenen Dienstleistungen im Postsektor, da derartige Tätigkeiten oft nur einen Teil der Arbeitsaufgaben von Beschäftigten umfassen können, die ansonsten mit Postdienstleistungen im engeren Sinne betraut sind. Auswirkungen auf sogenannte ‚upstream‘ and ‚downstream‘ Industrien wurde in Interviews mit Unternehmen und Arbeitgeberverbänden über die Beschäftigungsentwicklung in ihren Bereichen erfasst, was schließlich zu einer „well-founded estimate of indirect employment in the postal sector“ führen sollte. Für Bereiche in denen keine Daten erhoben werden konnte, verfolgte PLS Ramboll eine alternative Strategie. Um sich der Beschäftigungsentwicklung anzunähern, wurden Kommentare zu früheren Schätzungen der Europäischen Kommission über die Beschäftigungsentwicklung in verschiedenen Industrien aufgearbeitet. Die Schätzung der ‚indirekten Beschäftigungseffekte‘ ergibt sich aus Schätzungen (!) der direkt vom Sektor Postdienstleistungen beeinflussten Tätigkeiten (PLS Ramboll 2002:389f).